

Aktuelles aus dem ZBV

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ 044 2177733 ■ www.zbv.ch



Vorstellungsreihe von eidgenössischen Initiativen, welche für die Landwirtschaft relevant sind

«Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Hinter dem am 12. Juni 2018 lancierten Volksbegehren stehen die Organisation Sentience Politics sowie weitere Tierschutz-, Tierrechts- und Umweltorganisationen aus der ganzen Schweiz. Man will die Massentierhaltung in der Schweiz abschaffen. Viele der fünfzig Millionen in der Schweiz gezüchteten Tiere leben in Haltungsformen, welche die grundlegenden Bedürfnisse missachten.

Nach einer Berichterstattung zur Leserumfrage «Landwirtschaft 2040» fahren wir diese Woche mit der Vorstellung einer weiteren Volksinitiative fort. Wie in den vergangenen Ausgaben präsentieren wir kurz das Begehren und lassen die Befürworter wie auch die Gegner zu Wort kommen.

Die Initiative

Hinter dem Volksbegehren stehen Personen aus aktuell 18 Organisationen. Darunter ist Vera Weber von Fondation Franz Weber oder Nationalrat Bastien Girod von der Grünen Partei. Die Unterschriftenliste wurde am 22. Mai 2018 zur Vorprüfung eingereicht und entspricht gemäss Verfügung der Schweizerischen Bundeskanzlei vom 29. Mai 2018 den gesetzlichen Formen. Am 12. Juni 2018 hat das Initiativkomitee



Bis am 12. Dezember 2019 müssten die benötigten 100 000 Unterschriften beisammen sein. Bild: pixabay.com

mit der Unterschriftensammlung begonnen. Bis am 12. Dezember 2019 müssen die Initianten die benötigten 100 000 Unterschriften beibringen.

Um was geht es?

Die Initiative verlangt die Abschaffung industrieller Tierhaltung. Der Bund soll einerseits Kriterien für eine tier-

freundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang der Tiere ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse pro Stall festlegen. Andererseits soll der Bund ebenfalls Vorschriften über die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnisse zu Ernährungszwecken erlassen. Es sind maximale 25 Jahre als maximale Übergangsfris-

ten bis zur Umsetzung der Initiative vorzusehen.

Das Volksbegehren will somit den bestehenden Art. 80a wie folgt ändern:

neu Art. 80a BV (Landwirtschaftliche Tierhaltung)

1 Der Bund schützt die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Die

Tierwürde umfasst den Anspruch, nicht in Massentierhaltung zu leben.

2 Massentierhaltung bezeichnet eine technische Tierhaltung in Grossbetrieben zur Gewinnung möglichst vieler tierischer Produkte, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird.

3 Der Bund legt die Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall fest.

4 Der Bund erlässt Vorschriften über den Import von Tieren und Tierprodukten zu Ernährungszwecken, die diesem Artikel Rechnung tragen.

Art. 197 BV (Übergangsbestimmungen)

neu Ziff. ### Die Ausführungsbestimmungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung gemäss Art. 80a BV können Übergangsfristen für die Transformation der landwirtschaftlichen Tierhaltung von maximal 25 Jahren vorsehen. Die Ausführungsgesetzgebung orientiert sich bezüglich Würde des Tiers an Bio Suisse Standards (mindestens Stand 2018). Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 80a BV nach dessen Annahme nicht innert 3 Jahren in Kraft getreten, erlässt der Bundesrat Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Vorerst ist die Berichterstattung über die derzeit hängigen Volksbegehren abgeschlossen.

Am kommenden Sonntag werden wir das Resultat der Fair-Food- bzw. der Ernährungssouveränitäts-Initiative erfahren.

Ab nächstem Freitag widmen wir uns wöchentlich der Leserumfrage «Landwirtschaft 2040» zu.

■ MCA

Nachgefragt bei ...

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ www.zbv.ch

Marc Peter, Wiesendangen

Das Volksbegehren befindet sich derzeit in der Unterschriftensammlung. Wir haben Marc Peter, Halter von Legehennen und Präsident Bezirksverein Winterthur, folgende Fragen gestellt:

Sie halten rund 18 000 Legehennen zur Konsumier-Produktion in modernsten Stalleinrichtungen nach BTS und RAUS. Was hätte ein Zustandekommen der Initiative für Sie für Folgen?

Wir haben mit dem Stallbau eine sehr grosse Investition getätigt. Bei einer Annahme der Initiative wäre die Amortisation des Stalls in Frage gestellt. Auch wenn eine Übergangsfrist von 25 Jahren versprochen wird ist damit zu rechnen, dass grosse Ställe durch viele kleine Ställe ersetzt werden und die von unseren Hühnern produzierten Eier dann nicht mehr marktkonform sind.

Im Initiativtext ist festgehalten, dass bei einem allfälligen Ja die daraus resultierende Minderproduktion nicht mit Importen aus Massentierhaltung gedeckt werden darf. Wie soll dies funktionieren?

Das weiss niemand. Vor allem ist fraglich wie die Kontrolle solcher Produkte erfolgen soll, wenn wir ja heute kaum wissen, welche Wege importierte Lebensmittel hinter sich haben. Mittelfristig würden durch die Grossverteilung vermutlich Betriebe im nahen Ausland aufge-



Marc Peter, Halter von rund 18 000 Legehennen zur Massentierhaltungs-Initiative. Bild: zVg

baut welche die Anforderungen erfüllen, mit den günstigeren Produktionskosten aber eine direkte Konkurrenz zu unseren Schweizer Produkten wären. Das ist in einzelnen Produktsegmenten bereits heute der Fall. Grundsätzlich müssten die Preise aller betroffenen Produkte deutlich steigen, da sich die Logistik wie auch die Infrastruktur auf den Betrieben deutlich verteuert.

Der Fleisch- oder auch Eierpreis würde ansteigen. In welchen Rahmen beurteilen Sie die Preissteigerung?

Es ist zu hoffen, dass der Produktpreis für uns Produzenten ansteigen würde. Ein Grossteil der zusätzlichen Produktionskosten fällt

aufgrund der sinkenden Effizienz und teureren Infrastruktur beim Bauern an. Wie hoch dieser Anstieg ausfallen müsste, ist zu berechnen. Grundsätzlich liesse die Marge der Grossverteiler den Anstieg der Erzeugerpreise durch aus zu, ohne dass an der Ladentheke etwas zu spüren wäre. Zu befürchten ist aber, dass der Verdienst der Bauern unter Druck kommt und die Marge der Detaillisten noch grösser wird.

Wie erklären Sie sich die in der Vergangenheit doch vermehrt aufgekomenen Initiativen, welche die Landwirtschaft betreffen?

Über die Direktzahlungen fliesst jedes Jahr ein sehr grosser Betrag in die Landwirtschaft. Interessensgruppen mit verschiedensten idealen Hintergründen möchten dieses Geld nach ihrem Gutdünken umleiten und die Produktion von Nahrungsmitteln ihren Vorstellungen anpassen. 100 000 Unterschriften sind mit einem guten Titel bald gesammelt und die Presse hilft wacker mit wenn es darum geht die Landwirtschaft zu kritisieren. Die Nahrungsmittelproduktion ist mit vielen Emotionen verbunden, leider müssen wir Bauern schlussendlich die Folgen solcher idealistischer Anliegen ausbaden. Die Massentierhaltungsinitiative hat nicht primär das Tierwohl im Fokus. Es wird eine grundsätzliche Änderung der Konsumgewohnheiten in Richtung vegetarischer/veganer Ernährung angestrebt. ■

Keine Massentierhaltung in der Schweiz!

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Schweiz geht in eine besorgniserregende Richtung. Sie ist geprägt von Konzentration und Intensivierung der Produktion, was sich negativ auf das Tierwohl, die Umwelt und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion auswirkt. Kleinere Bauern mussten in den vergangenen Jahren vermehrt den Betrieb einstellen, erdrückt vom Produktions- und Preisdruck. Immer weniger, immer grössere Betriebe produzieren einen immer grösseren Anteil der Schweizer Gesamtproduktion, dies mit wachsenden Tierbeständen und Maximierung der Produktionsleistung pro Tier. Während der Bestand an Rindern und Schweinen 2017 einen leichten Rückgang verzeichnet, legt jener der Legehennen und Mastpoulets um jeweils 4 Prozent kräftig zu, was sich stark zu Ungunsten des Tierwohls auswirkt. Wir haben heute in der Schweiz zwar gleich viele Rinder wie 1915, aber vier mal so viele Schweine, obwohl die Schweiz als Grasland eigentlich auf Wiederkäuer setzen sollte. Eine Mehrproduktion an Tierprodukten, die nicht von Wiederkäuern stammen, führt zum Einsatz von Hochleistungsrassen, die auf viel mehr Kraftfuttermittel angewiesen sind. Hühner, als auch Kühe, die bis zu 10 000 l Milch geben müssen, fressen zu einem Grossteil Kraftfutter, für das mehrheitlich in Brasilien Regenwald gerodet wird. Die Konzentrationsbewegungen in der Landwirtschaft führen nicht zuletzt zu einer starken Mehrbelastung der Böden und des Trinkwassers und verursachen dadurch Umweltschäden, die kaum reversibel sind. Es erstaunt, dass die politischen Bestrebungen zur Zeit nicht auf eine nachhaltigere, tierfreundlichere und zukunftsfähige Landwirtschaft zielen, sondern sogar eher in Richtung einer Öffnung des Agrarmarktes für einige südamerikanische Staaten (Mercosur) gehen. Dieser Tendenz will die Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» Einhalt gebieten. ■ Meret Schneider, Co-Geschäftsleitung Sentience Politics



Meret Schneider. Bild: zVg

Radikal und konsumentenfeindlich

Schon wieder eine Initiative welche unsere heimische Landwirtschaft komplett auf den Kopf stellen würde. Gemäss Initiativtext gälte alles, was nicht den Bio-Richtlinien 2018 entspräche, als Massentierhaltung. Auch sämtliche Importe unterlägen diesen Bestimmungen. Das zeigt wie radikal diese Initiative ist. Dies würde einer staatlich verordneten Bioproduktion im tierischen Sektor entsprechen. Solche Eingriffe erinnern an vergangene kommunistische Regime, welche allesamt kläglich gescheitert sind. Eine solche Bevormundung der Konsumenten würde seinesgleichen suchen. Die Schweizer Nutztierhaltung erfüllt die höchsten Tierwohlstandards weltweit und entwickelt sich ständig weiter. Die Hälfte aller Schweine werden nach Label-Anforderungen gehalten, verkaufen können wir aber leider nur 30 Prozent als Labelfleisch. Wir brauchen keine staatlichen Diktate, sondern mündige Konsumenten, welche mit ihrem Griff ins Regal ihre Verantwortung wahrnehmen. Diese Initiative ist radikal und konsumentenfeindlich. ■ Meinrad Pfister, Präsident Suisseporcs



Meinrad Pfister. Bild: zVg